Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 12

Artikel: Nach den Wahlen : besinnliche Betrachtungen zum Fremdarbeiterproblem

Autor: Walter, Emil J.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338435

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Professor Dr. Emil J. Walter

Nach den Wahlen:

Besinnliche Betrachtungen zum Fremdarbeiterproblem

Es erscheint uns gegeben, nach den lebhaften innenpolitischen Diskussionen und den Resultaten der Wahlen in die Bundesversammlung einige besinnliche, zum Teil grundsätzliche, teilweise auch historische Betrachtungen vorzulegen. Zunächst wurde selten oder überhaupt nicht auf die historischen Wurzeln des Fremd- oder Gastarbeiterproblems eingegangen. Historisch reicht dieses Problem bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück. Schon im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts lockten die relativ günstigen Arbeitsbedingungen der schweizerischen Volkswirtschaft ausländische Arbeiter entweder als Grenzgänger oder als Fremdarbeiter in die Schweiz. Andererseits wurde ein relativ grosser Teil des in der Schweiz akkumulierten Kapitals in schweizerischen Unternehmungen im benachbarten Auslande, wo Arbeitskräfte zur Verfügung standen, investiert. Wir erinnern nur an die Filialen der Fischer-Werke in Singen oder der Brown-Boveri-Unternehmung in Deutschland und zahlreicher Firmen der Textilindustrie in Italien bis hinunter nach Salerno bei Neapel. Dieser wirtschaftliche Trend setzte trotz den Auswirkungen der Geldentwertungen nach dem Ersten Weltkrieg in der Zwischenperiode vor dem Zweiten Weltkrieg wieder ein. Viel schweizerisches Kapital wurde dank dem grossen Kapitalreichtum der vom Ersten Weltkrieg verschonten Schweiz wieder im benachbarten Auslande angelegt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die psychologische Situation für die schweizerischen Industriellen eine andere geworden. Man hatte durch zwei Weltkriege und die damit verbundenen Perioden der Geldentwertung im Auslande beträchtliche Kapitalien verloren. Der Reiz, schweizerisches Kapital in Unternehmungen anzulegen, wo ausländische Arbeitskräfte zu billigen Kosten zur Verfügung standen, war geschwunden. Ausdruck dieser Tatsache war der relativ niedrige Zinsfuss für Anlagekapital, der in der Schweiz jahrelang zwischen 4 und 5 % für gute Obligationen schwankte, gegenüber weit höheren Zinssätzen z. B. im benachbarten Deutschland. Die schweizerischen Industriellen zogen es vor, ihre schweizerischen Betriebe auszubauen oder zu erweitern und dafür in erster Linie italienische Arbeitskräfte einzuführen. Und dabei wurde verfahren nach dem bekannten Prinzip des «laisser faire, laisser aller», das schon einmal vor wenigen Jahrzehnten zur politischen Katastrophe des Generalstreiks geführt hatte. Man begnügte sich mit der minimalsten Anpassung der Infrastruktur an die Masse der zugelassenen Fremdarbeiter. Genau wie beim Problem des Umweltschutzes.

Die Folgen sind bekannt. Unmut und Fremdenhass machten sich breit.

weil die allzu rasch wachsende Bevölkerungszahl es vor allem den Arbeiterschichten nicht erlaubte, voll die Früchte des Rationalisierungsprozesses zu ernten. Die unteren und die oberen Volksschichten lebten aneinander vorbei. Die bürgerlichen Parteien, welche auch heute noch über den Ständerat das politisch entscheidende Wort sprechen, blieben gegenüber den Warnungen von linker Seite taub. Und der politische Einfluss der schweizerischen Arbeiterschaft ging zurück, weil ein Teil ihrer potentiellen Wähler, nämlich die Fremdarbeiter, kein Stimmrecht hatten, und zugleich den Gewerkschaften fernblieben. Wenn ein Schweizer Unternehmer z. B. in Luino in Oberitalien eine Textilfabrik errichtete, so kamen die Arbeiter aus den umliegenden Dörfern und ihre Kinder konnten die Dorf- oder Stadtschulen besuchen. Die Einführung von Gastarbeitern in die Schweiz hatte zwangsläufig bedenkliche negative Folgen, da unsere Infrastruktur (Schulen, Wohnungen, Spitäler usw.) keineswegs dem neuen zusätzlichen Bevölkerungszuwachs angepasst war. Man baute zwar in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg ein grosszügiges Autobahnstrassennetz – übrigens zum Teil auf Kosten der SBB und damit zweifellos in einem gewissen Sinne eine Fehlinvestition –, aber die öffentlichen Mittel reichten nicht aus in einer Periode der grassierenden Bodenspekulation, den Wohnungsmarkt zu sanieren.

Unsere bürgerlichen Parteien haben die Interessen der in der Schweiz lebenden Arbeitnehmer, schweizerische und ausländische Arbeitnehmer zusammengenommen, schwer vernachlässigt. Sie haben im Zeitalter der Ideologie der pluralistischen Gesellschaft krasse Interessenpolitik getrieben, die sich im Laufe der Zeit noch schwer rächen dürfte. Ein grosser Teil der Kapazität des Baugewerbes wurde im Tiefbau der Autobahnen überfordert oder vom sozialen Wohnungsbau abgeleitet zum Bau von Ferienwohnungen und Luxusvillen mit «Swimmingpools» im Dienste einer Zerstörung des Heimatschutzes und des egoistischen Luxusdenkens einer Klasse, die vorläufig noch Riesenhonorare und -einkommen scheffelt. Bereits melden aber die beiden Stadtkantone Baselstadt und Zürich Defizite von Hunderten von Millionen an, und dies in einer Zeit, da der Schatten einer aufziehenden Weltwirtschaftskrise den volkswirtschaftlichen Horizont verdüstert.

Immerhin darf auch auf eine positive Seite des Fremdarbeiterproblems hingewiesen werden. Häufig wird der Vorwurf erhoben, die Schweiz leiste auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe nicht einmal einen Prozent ihres Bruttosozialproduktes. Dieser Vorwurf ist unseres Erachtens ungerechtfertigt. Denn gerade mit der Aufnahme von Hunderttausenden von Fremdarbeitern hat die Schweiz gegenüber den Mittelmeerländern eine praktische Entwicklungshilfe geleistet, die prozentual weit über das hinausgeht, was viele andere Länder tun. Die italienischen Fremdarbeiter in der Schweiz haben einmal den italienischen Arbeitsmarkt entlastet, sie haben grosse Sparsummen nach Italien übermittelt, und sie sind in unseren Be-

trieben zu guten Arbeitskräften ausgebildet worden, die vor allem in der Industrie Norditaliens zu geschätzten Mitarbeitern wurden. *Unsere Fremdarbeiterpolitik, trotzdem sie nicht planmässig genug organisiert wurde, ist ein wichtiger Beitrag der Schweiz zur europäischen Entwicklungshilfe.*

In erster Linie ist es die *Planlosigkeit* unserer von den bürgerlichen Parteien gestellten Behörden, welche für das Malaise verantwortlich ist, das die Fremdarbeiterfrage ausgelöst hat und sich in der maximalen Stimmenzahl von mehr als 110 000 Stimmen für Dr. James Schwarzenbach spiegelte. Diese Stimmung kann nicht mit Schlagworten wie «Reaktion», «reaktionär», «Rechtskurs», «faschistisch» oder «faschistoid» bekämpft werden, vor allem nicht von jenen Kreisen der kommunistischen Linken, die heute noch nicht mit Ignazio Silone eingesehen haben, dass Stalinismus nichts anderes als «roter Faschismus» war und dass Stalin mit seiner sturen Hasspolitik gegen die deutschen Sozialdemokraten unter dem Schlagwort «Sozialfaschisten» mit eine Hauptverantwortung für die Möglichkeit eines legalen Staatsstreiches Hitlers gegen die Weimarer Republik geschaffen hat und so letzten Endes allein dem russischen Volke mehr als 20 Millionen Todesopfer auferlegte. In der Folge werden wir versuchen, jene Überlegungen zu skizzieren, welche in der gegenwärtigen Lage notwendig sind, um die politische Entwicklung in der Schweiz in sozialistischem Sinne zu beeinflussen. Das *Arbeitsprogramm der schweizerischen Sozialdemokratie aus dem Jahre 1904* ist heute in grossen Zügen verwirklicht – u. a. mit Ausnahme der Einführung eines Zivildienstes – vor allem dadurch, dass in der direkten Demokratie die bürgerlichen Parteien im Laufe der Jahrzehnte gezwungen wurden, um ihre Wähler nicht zu verlieren, früher heftig bekämpfte sozialistische Postulate zu übernehmen und zu verwirklichen. Es gilt daher, in den nächsten Jahren grundsätzlich neue wirtschaftliche und kulturelle Ziele zu formulieren im Sinne eines demokratischen Sozialismus, welche unter anderem neben der *Kommunalisierung des Grundbesitzes* geeignet sind, das Ideal einer sozialen Volksgemeinschaft zu verwirklichen.

– wir sehen, was sie, die heutigen Inhaber der Schweiz, als Schweiz bezeichnen: ein Land mit dem Anspruch, Vorbild zu sein für andere, und mit Fremdarbeitern als Menschen zweiter Klasse, mit privatem Waffengeschäft (Beihilfe zum Völkermord) und öffentlicher Caritas; eine korrekte Schweiz, korrekt gegenüber der griechischen Militärjunta und überall zu Investitionen bereit, auch wenn sie die faschistischen Diktaturen befestigen; eine Gesellschaft, in der 3 Prozent der Landsleute so viel besitzen wie die andern 97 Prozent, aber mit einer Volksarmee, die uns lehrt, dass ihr Land, wenn es um die Verteidigung geht, unser Land ist, und die sich schon einmal, 1918, gegen die Arbeiterschaft bewährt hat.

Max Frisch